

Stichworte zur DKP

A.) Zur derzeitigen innerparteilichen Auseinandersetzung

1.) Es gibt ganz offenbar in der Partei eine größere Anzahl von GenossInnen, die bemängeln, dass

a.) es eine mangelnde Diskussion um die Auseinandersetzungen hinsichtlich der Imperialismusfrage, der Europäischen Linken, der Position gegenüber der PdL und der Aussendarstellung der Partei gibt.

b.) es – ihrer Meinung nach – gleichwohl eine starke Hinwendung zur PdL und zur Europäischen Linken gibt und sich schleichend eine Abwendung von der Liebknecht'schen Formel vom „Hauptfeind im eigenen Lande“ durchgesetzt hat.

2. Zur Kritik und zu Positionen

Kritisiert wird dabei, dass die Diskussionen in einzelnen Landesverbänden, Kreisen und Gruppen nicht in dem Maße in die Diskussion der Gesamtpartei einfließen können, welches nach Meinung der Kritiker notwendig wäre, um zu einem offenen Diskussionsprozess und damit zu einer neuen Einheit zu kommen. Dieser Vorwurf erscheint mir richtig zu sein. Es ist versäumt worden, Plattformen – z.B. im Internet – zu schaffen, die eine umfangreiche Vordiskussion ermöglichen und der Berichterstattung aus den Gliederungen gedient hätten. Der Parteivorstand hat es nicht nur versäumt die Diskussion zu ermöglichen, er hat sie sogar – z.B. in der Yahoo-Mailingliste „dkp-im-netz“ verhindert. Das war taktisch falsch.*

Zugleich werden inhaltliche Vorwürfe gegen die Politik der Partei, insbesondere gegen die Politik des PV erhoben. Sie beinhalten im Wesentlichen die vorgenannten Bereiche. Hinzu kommt der Vorwurf (der für diese Auseinandersetzung meiner Meinung nach betrachtenswert ist) der XX. Parteitag der KPdSU hätte – zumindest in einem bestimmten Rahmen – dem Revisionismus innerhalb der KPdSU die Tür geöffnet. Dieser Vorwurf ist deshalb von Wichtigkeit, weil er durch die geschichtliche Brille zwangsläufig einen Blick auf die gegenwärtige Situation erzwingt; und zwar unabhängig von der Position, die hinsichtlich des Vorwurfs eingenommen wird.

Meiner Meinung nach ist der Vorwurf zur Gänze falsch. Tatsache scheint mir viel mehr zu sein, dass weder nach Lenin'scher Interpretation noch nach anderen, nicht an Lenins Vorgaben haftenden Interpretationen kein Revisionismus vorlag, sondern im Ergebnis der stalinischen Verbrechen (gemeint ist damit immer das Ergebnis von Handlungen staatlicher Organe und nicht die Handlungen des Individuums Stalin allein) Stagnation eintreten musste. Nachdem während der Herrschaft des Systems Stalin sowohl die Partei geköpft worden und ihrer führenden Theoretiker, Wissenschaftler und Praktiker beraubt worden war, als auch ihr nahestehende Intellektuelle, Wissenschaftler, Praktiker usw. ermordet oder inhaftiert worden waren, fand die nachfolgende Parteiführung eine Organisation vor, die nicht nur geschwächt, sondern in ihrer gesamten Verfasstheit mit der Kampfpartei vor, während und unmittelbar nach der Oktoberrevolution nichts mehr zu tun hatte.

Der Vorwurf des Revisionismus kann also nur dann und nur in einem unleninistischen Sinne als Vorwurf der Abkehr von den Prinzipien der stalinischen Parteaufbaus und der stalinischen Politik nach Innen und Außen verstanden werden. Dieser Vorwurf ist der

Vorwurf der Abkehr von der antisozialistischen Politik Stalins. Er fällt auf die, die ihn erheben selbst zurück. Träfe er zu, so hätte es nach dem XX. Parteitag nicht jene Stagnation gegeben, die sich vorfinden lässt.

Vielmehr ist es so, um den Kreis zu schließen, dass die kommunistischen Parteien in erheblich unterschiedlichem Maße der verkehrten Anwendung des demokratischen Zentralismus' stalinischer Prägung treu blieben, weil sie weder die Ressourcen hatten, ihn zu jenem der Zeit vor Stalin zurückzuführen, noch die äußeren Umstände dazu gegeben waren.

Gehalten hat sich bis heute ein Hang zu klandestinen Diskussionen, zu unabwählbaren Vorständen und ein völlig falsch verstandenes Fraktionierungsverbot, welches Fraktionen auch in ganz normalen inhaltlichen Gruppenbildungen erkennt und nicht erst in Strukturen mit eigenen Leitungskörpern, Wahlen und so weiter.

Unter diesem Problem leidet auch die Streitkultur in der DKP. Das Problem hemmt die Entwicklungsmöglichkeiten der Partei, die Weiterentwicklung von Positionen und führt letztlich nicht weg von einer Fraktionierung, sondern hin zu ihr - und zwar als Burgmentalität.

Es finden im Rahmen dieses fehlerhaften Parteaufbaus nun in der Tat gespenstische Streitigkeiten statt, die von GenossInnen mit ganz unterschiedlichen inhaltlichen Positionen entweder gegen Teile des Parteivorstandes geführt werden oder eben vice versa.

Teile der Kritiker des Parteivorstandes sind Nostalgiker hinsichtlich der ehemaligen sozialistischen Staaten, die ihr rückblickendes Weltbild sowohl durch die Politik des Parteivorstandes und der Parteimehrheit gefährdet sehen; so zum Beispiel durch die Abkehr von der Position des „Hauptfeindes im eigenen Land“ oder auch durch die stärkere Hinwendung zur Europäischen Linken. Andere, wobei es große Schnittmengen gibt, sind, offenbar im auch im Widerspruch zum PV, der Meinung der „Feind des Feindes“ sei ein Freund. Sie machen dabei u.a. – dieses allerdings zu recht – dem PV die Lockerheit zum Vorwurf, in der dieser mit seiner echten oder vermeintlichen Zustimmung zur Regierungsbeteiligung der Irakischen Kommunistischen Partei nach dem Angriffskrieg der USA gegen den Irak umgegangen war. Letztlich blieb allerdings die Position unklar und lässt sich nur interpretieren.

Andere, auch ich, haben ein erhebliches Problem mit den sog. Imperialismusvorstellungen, weil die Abkehr von der Losung, der Hauptfeind stünde im eigenen Lande, grundsätzlich die Gefahr (nicht aber den Willen, eine solche Position auch zu beziehen) einer völkischen Gesichtsweise in sich birgt. Eine solche – gefährliche – Sichtweise birgt auch ein falsch verstandener Antiimperialismus in sich. Auf eine geradezu karnevalistische Weise treffen sich jedoch Teile der Gegnerschaft des „Imperialismusvorstellungen“ mit eben diesen falschen antiimperialistischen Positionen. Aus taktischen Erwägungen dem iranischen Regime eher nonchalant Gegenüberstehende (und damit einem der Hauptfeinde der dortigen Kommunisten), verzichten also dort auf die Analyse, die sie hier einfordern. Der gleiche Vorwurf trifft im Rückblick auf die irakische KP den Parteivorstand – zumindest, was die Klarheit angeht.

Die Vorbehalte gegen die Politik gegenüber der europ. Linkspartei entspringen hingegen der Politik der Partei gegenüber der PDS aus früheren Jahren. Die Erinnerungen an eine Zurücknahme der eigenen Anstrengungen, als kommunistische Partei reüssieren zu wollen, zugunsten der Unterstützung der PDS, die schon damals mehrheitlich linkssozi-

aldemokratische Züge aufwies, wirken heute fort. Zugleich wird eine mangelnde Zusammenarbeit z.B. mit der KKE gesehen. Es gibt – aus dieser Vermischung von Vergangenheit und gegenwärtiger Politik und insbesondere aufgrund mangelnder Transparenz - deshalb GenossInnen – viele, wenn man unsere geringen Mitgliederzahlen zur Grundlage nimmt – die befürchten, es gäbe Kräfte im und um den PV herum, welche die Partei von der politischen Bühne nehmen wollen.

Zugleich ist offenkundig, dass es uns kaum gelingt, die Basis der Partei durch Neueintritte zu verstärken, insbesondere durch junge Leute. Die Gründe dafür liegen ganz sicherlich hauptsächlich in der Attraktivität, welche die PdL aufweist. Allerdings haben wir ein Problem, das nicht nur ein Imageproblem ist, sondern direkt aus der Vergangenheit in die Gegenwart überspringt: Wir sind hinsichtlich von Freiheitsrechten nicht glaubwürdig. Dabei ist nicht nur der relative Obrigkeitsstaat DDR und das dort geschehene Unrecht ausschlaggebend, sondern auch solche Despotien wie Rumänien sowie die vermutete – und was einzelne Genossen angehen mag, die reale – Nähe zu keineswegs sozialistischen Staaten wie der KVR.

Ohne dass es uns gelingt, zu Positionen zu gelangen, die ein für alle Male ausschließen, dass die DKP mehr an Repressionspolitik befürwortet wird, als notwendig wäre um einen Putsch in einem sozialistischem Staat zu verhindern, solange uns also eine umfassende Überwachung von Menschen und – um es in kurzer und unzureichender Form zu sagen – ihre Drangsalierung angelastet werden *kann*, fehlen uns fundamentale Möglichkeiten Massenwirkung zu entfalten.

Noch immer bemühen sich große Teile der Partei sinnloser Weise mit Vergangenen kritisch-solidarisch umzugehen. Abgesehen davon, dass man zwar Lehren aus der Vergangenheit ziehen kann (und ohne jede Gefühlsduselei muss), Vorbilder dort finden und dann hochhalten kann – solidarisch kann man nur mit etwas Seiendem sein, nicht mit Gewesenem.

Wer sich noch an die Anti-AKW-Bewegung zur jener Zeit erinnert, in der es die sozialistischen Staaten noch gab, wird sich erinnern, wie die damaligen GenossInnen versuchen mussten, die AKWs der sozialistischen Staaten gegen jede Vernunft als „sicher“ zu verkaufen und zugleich Teil der Anti-AKW-Bewegung zu sein.

Auch haben wir kaum inhaltliche Kompetenzen aufzuweisen. Wir sind sowohl in den Gewerkschaften kaum präsent, noch können wir uns solidarisch an Arbeitskämpfen in hinlänglichem Maße beteiligen. Dieses Unvermögen entspringt direkt aus unserer Schwäche. Wir sind jedoch ein sowohl respektierter, als auch wichtiger Bündnispartner der Antifa und anderer linker Bewegungen und wir schaffen es – ich halte das Fest für ausgesprochen überlebenswichtig – tausende Menschen auf das UZ-Pressfest zu bekommen. Es bieten sich also in der oppositionellen Linken, als auch insbesondere im Bereich der internationalen Arbeit und der Kultur erhebliche Möglichkeiten, die Massengrundlage zu verstärken um dann auch wieder in den Gewerkschaften verankert zu sein.

B.) Notwendige Schritte

Dazu sind – meiner Meinung nach – bestimmte Schritte und Einschnitte unumgänglich:

Wir müssen uns klar und mit deutlicher Ablehnung gegen jede Form der willkürlichen Beschneidung von Freiheitsrechten stellen. Das kann im Hinblick auf die sich verschlechternde Lage in Europa nur dann glaubhaft gelingen, wenn wir auch klare und eindeutige Worte zu den ehemaligen sozialistischen Staaten, in unserem Falle, insbesondere der DDR finden.

Wir müssen der Vermischung stalinscher Politik (die meiner Meinung nach nicht die Verfestigung des Sozialismus', sondern die Abschaffung vieler seiner Grundprinzipien zum Ziel hatte – und dieses Ziel offenbar weitgehend auch erreicht hat) mit der Lenins entgegentreten. Man kann nicht beides sein: Marxist-Leninist und vollständig oder weitgehend kritiklos Stalin gegenüber stehen.

Es muss Ziel sein (und gelingen) fortschrittliche Kräfte von Räte-Kommunisten, Anarchisten und Autonomen, bis zu Troztkisten in dauerhafte Aktionseinheiten einzubinden und zwar auch, um aus dieser Zusammenarbeit theoretisch und praktisch zu lernen.

Wir brauchen Schulungen in Marxismus und Leninismus und zwar unter Fortlassung von Verformungen.

Wir müssen verhindern, dass die Hauptstoßrichtung des antiimperialistischen Kampfes nicht mehr im eigenen Land liegt. Zugleich müssen wir auf der Seite der GenossInnen stehen, die – gleich wo – verfolgt werden und darüber hinaus die grundlegenden Menschenrechte (Würde, Freiheit von Folter, Recht auf gleichgeschlechtliche Beziehungen, Gleichheit der Geschlechter, freie Information, Freiheit von Kunst und Wort usw.) auch dort einfordern, wo sich die betreffenden Staaten in Auseinandersetzungen mit den imperialistischen Zentren befinden und einigen von uns damit näher scheinen, als ihre Konfliktpartei(en).

Ebenfalls zugleich müssen wir deutlich machen, dass wir die Revolution in Cuba und die revolutionären Prozesse in anderen Staaten verteidigen werden. Wir müssen für diese Solidarität auch in unseren Bündnissen werben. Unsere Solidarität kann grundsätzlich niemals unkritisch sein.

Wir müssen deutlich und klar die Unterschiede zur PdL herausstellen und uns inhaltlich abgrenzen.

Wir dürfen gleichwohl nicht die Bündnisarbeit mit der PdL in bestimmten Fragen und Punkten negieren und müssen die Aktionseinheit mit jenen Kräften in der PdL suchen, die uns nahestehen. Das Gleiche gilt übrigens nach wie vor für jene Teile der SPD, die dort möglicherweise noch am Linken Rand bestehen mögen.

Wir brauchen einen Parteaufbau, bei dem es nicht als Affront empfunden wird, wenn GenossInnen in Leitungsfunktionen diese verlieren, sondern als Normalität, und wir brauchen eine offene Diskussionsstruktur: Nicht nur in den Gruppen und anderen unteren Gliederungen, sondern in der Gesamtpartei. Dazu können die technischen Möglichkeiten des Internets genutzt werden.

Wir bedürfen einer Parteizeitung, die für die Partei sowohl finanziell tragbar ist, als in Aufmachung und journalistischer Leistung auch wesentlich. Die dazu begonnene Diskussion muss parteiöffentlich geführt werden.

In ihrer Bündnispolitik muss die Partei eindeutig klar machen, dass Bündnisse mit Organisationen, die mit der vergangener Unrechtspolitik vor dem XX. Parteitag sympathisieren (z.B. der MLPD) nicht möglich sind.

Die Entwicklung in der Linken (sowohl was die Partei PdL, als auch die bundesdeutsche Linke darüber hinaus angeht) muss ordentlich analysiert werden. Auf Dauer muss es das Ziel einer Kommunistischen Partei sein, die Zersplitterung jener Teile linker Opposition

im kapitalistischen Staat aufzuheben, die für einen sozialistischen, also freiheitlichen Neubeginn stehen. Da es aufgrund der Parlamentsfixierung der PdL zu Absplitterungen kommen kann, muss sich die DKP in die Lage versetzen, entweder den Absplitterungen sich als neue Organisation anzubieten oder aber sich in eine daraus entstehende neue Organisation als Strömung einzubringen.

Hinsichtlich der Krisensituation des Kapitalismus und ihrer Einschätzungen sehe ich weitgehend Übereinstimmung. Hinsichtlich einzelner Punkte jedoch Klarungsbedarf. Die derzeitige, sog. Finanzkrise taugt jedoch so wenig, wie jede andere Situation im Klassenkampf dazu, zwar die richtigen Forderungen zu entwickeln, sich allerdings hinsichtlich der Aufstellung der Partei im Klassenkampf zu entschuldigen. Man macht die Partei nicht nur durch die richtigen Forderungen stärker, sondern insbesondere, durch die richtige Praxis, durch die richtigen Einsichten und Einschätzungen und die richtigen historischen Bewertungen.

Leander Sukov
September 2009

* Die unter debatte.kommunisten.eu gegebenen Möglichkeiten können ein erster Schritt sein. Es braucht jedoch weitere.